

Hohenstein-Ernstthaler Tageblatt

Platzblatt

Anzeiger



Das Königl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Hohenstein-Ernstthal.
Organ aller Gemeindeverwaltungen der umliegenden Ortschaften.

Hohenstein-Ernstthal, Oberlungwitz, Gersdorf, Gernsdorf, Bernsdorf, Weinsdorf, Langenberg, Falken, Reichenbach, Callenberg, Langenschürsdorf, Grumbach, Zitzschheim, Rühnappel, Wilsenbrand, Gröna, Mittelbach, Ursprung, Kirchberg, Lugau, Erzbach, Pleiße, Rühdorf, St. Egidien, Müttengrund u. f. w.

Erscheint jeden Wochentag abends für den folgenden Tag und kostet durch die Austräger das Jahr M. 1.55, durch die Post bezogen M. 1.92 frei ins Haus. Fernsprecher Nr. 11. Inserate nehmen außer der Geschäftsstelle auch die Austräger auf dem Lande entgegen, auch befördern die Annoncen-Expeditionen solche zu Originalpreisen.

Nr. 162.

Geschäftsstelle Schulstraße Nr. 31.

Sonnabend, den 16. Juli 1910.

Brief- und Telegramm-Adresse Amtblatt Hohenstein-Ernstthal

60. Jahrg.

Der Unterzeichnete ist vom 17. Juli bis 13. August 1910 **beurlaubt** und wird in dieser Zeit durch Herrn Stadtrat **Kuger** und in den juristische Vorbildung erfordernden Angelegenheiten vom 17. Juli bis 6. August 1910 durch Herrn Rechtsanwalt **Dr. Hausbold** und vom 7. August bis 13. August 1910 durch Herrn Rechtsanwalt **Carlsanjen** vertreten.

Hohenstein-Ernstthal, den 14. Juli 1910.

Dr. Paß, Bürgermeister.

Wegen **Abwälzung** des hiesigen Dorfweges, von Erd.-Rat.-Nr. 16 bis zu Erd.-Rat.-Nr. 55, wird derselbe für den **Reis- und Fahrverkehr** vom 15. bis 23. Juli a. c. **gesperrt**

und über Kirchberg, Lugau, bez. Gersdorf verwiesen.

Erzbach, den 14. Juli 1910.

Der Gemeindevorstand Müller.

Ein englisches Urteil über die jüngste Flottenpanik.

Unter der Überschrift: „Was lehrt uns das letzte Jahr Marinepolitik?“ bespricht die englische Zeitschrift „The Nation“ im Juliheft Wesen und Folgen der Flottenpanik des letzten Jahres in England, die als greifbarer Niederlag nur Millionen unnützer Ausgaben dem englischen Steuerzahler zurückgelassen habe.

Die Auslassung der liberalen Monatschrift, die, wie schon des öfteren, durch ihre sachliche und gerechte Behandlung der Flottenfrage wohlwollend überhört, ist weiterer Beachtung wert.

Die Berechtigung seiner Ausführungen begründet der ungenannte Verfasser mit der vom ersten Vord der Admiralität auf eine Anfrage Mr. Middlemore's gegebenen Antwort, daß die gegenwärtige maritime Stellung Englands mehr denn ausreichend sei, den Zweimächte-Standpunkt aufrecht zu erhalten. Er hebt hervor, daß die im letzten Jahre dem Unterhause gemachten Angaben über das Stärkeverhältnis der englischen und deutschen Flotte sowie über das Tempo und Maß des Ausbaus der letzteren stark und grundlos übertrieben waren, und stellt fest, daß die deutschen Zerstörer und U-Boote in dieser unzutreffenden Angabe, die sowohl von Mr. McKenna als auch von Mr. Asquith mehr oder minder deutlich abgelehnt wurden, vollständig der Wahrheit entsprachen.

Weiter werden dann die von McKenna, Asquith und Balfour im letzten Jahre gemachten Mitteilungen über die Anzahl der deutschen „Dreadnoughts“ im Jahre 1912, die 17, 21 und sogar 25 betragen sollten, als hinwiegend bezeichnet und hervorgehoben, daß weder in irgend einer verantwortlichen oder sonst maßgebenden englischen Veröffentlichung heute auch nur noch einen Augenblick behauptet werde, daß Deutschland im April 1912 17 „Dreadnoughts“ besitzen könne, daß vielmehr alle diese Werte für den vorstehenden Zeitpunkt nur von 13 deutschen großen Schiffen sprechen. Auch ergebe eine Durchsicht des Dille Returns, daß Deutschland 1912 nicht mehr Schiffe dieses Typs besitzen könne, so daß das tatsächliche Stärkeverhältnis von großen Schiffen 22 zu 13 und nicht 20 zu 17 sei.

Die englische Ueberlegenheit sei aber noch viel größer, da man den Bestand an Vor-Dreadnought-Schiffen berücksichtigen müsse, wobei man aber mehr als eine ganze Flotte englischer Schlachtschiffe zurückzugeben habe, ehe man auf ein Schiff treffe, das ebenso schwach sei als Deutschlands stärkstes dieser Art. Wenn man dies alles in Betracht ziehe, so komme man auf ein maritimes Stärkeverhältnis von 3 zu 1.

„Verdacht, lediglich Verdacht“, so schließt der Artikel, „ist schuld an der ganzen Torheit. Falsche Nachrichten, falsche Schlüsse, falsche politische Auffassung, von der Presse und Parteipolitik zu einer nationalen Forderung nach „Dreadnoughts“ und immer mehr „Dreadnoughts“ ausgebaut, um uns vor dem bösen Feind jenseits der Nordsee zu schützen.“

Der moralische Hintergrund für die Beschuldigungen von 1909 lag lediglich in ihrer Darstellung als eines heimlichen Vorstoßes gegen unsere Vorherrschaft zur See. Jetzt paßt das aber nicht mehr, und deshalb verdient Deutschland einen formellen und würdigen Freispruch.

Hoffentlich werden diese Ausführungen der englischen Zeitschrift im eigenen Lande gewürdigt; sie können dann viel zur Verbesserung des gegenseitigen Verständnisses und Verhältnisses beitragen. Bezüglich der jetzigen Flottenforderungen

ungen ist man in liberalen englischen Kreisen der Meinung, daß mit einer weniger hohen Summe auch auszukommen sei. Hierzig bis fünfzig liberale Mitglieder des Unterhauses haben einstimmig eine energische Protestresolution gegen die Höhe der diesjährigen Flottenforderungen angenommen. Die Resolution wird der Regierung übermittelt werden. Es herrscht jedoch Meinungsverschiedenheit darüber, ob es in Anbetracht der schweren Verfassungskrise ratsam sei, gegen die Forderungen zu stimmen. Es ist auch zweifelhaft, ob einer der Teilnehmer einen Antrag im Sinne der Resolution einbringen wird. Einige Teilnehmer erklärten, sie würden sich zum Zeichen des Protestes der Stimmabgabe enthalten.

Auch das Verhältnis Englands zu Deutschland war im Unterhause wieder einmal Gegenstand der Debatte. Asquith bedauerte lebhaft im Interesse der nationalen Freundschaft, daß man es für angezeigt gehalten hat, aus Magazinen anonyme Artikel zu zitieren, um den Eindruck zu erwecken, als ob in Deutschland oder England, den Ländern, welche sich zur Vermehrung ihrer Flottenausgaben veranlaßt sehen, eine feindselige oder aggressive Absicht gegen einander im Spiele wäre. Der Minister konstatierte die Herzlichkeit der Beziehungen zu Deutschland und seinen Gläubigen an eine von Jahr zu Jahr zunehmende Innigkeit in ihnen. „Ich glaube nicht“, so erklärte Asquith, „daß die deutsche Regierung die Ansicht unterzeichnen würde, welche man dem deutschen Volke untergeschoben hat, daß unsere Flottenrüstungen gegen Deutschland gerichtet seien, ebensowenig wie ich die Ansicht unterzeichne, als ob die deutschen Flottenrüstungen gegen uns gerichtet wären.“

Aus dem Reiche.

Der Kaiser auf der Nordlandreise.

Während die „Hohenzollern“ im Hafen von Bergen lag, waren dort mehrere Dampfer mit englischen Touristen ebenfalls vor Anker gegangen, darunter der große Dampfer „Avon“ von der Royal-Mail-Linie. Abends spielte die Musikkapelle der „Hohenzollern“ einen bekannten englischen Marsch, kurz bevor der „Avon“ ausließ. Als bald antwortete die Kapelle des „Avon“ mit der „Wacht am Rhein“, und die zahlreich an Bord des Danpers brachten dem Kaiser, der am Fallreep der „Hohenzollern“ sichtbar war, lebhafteste Begrüßungen dar. Als dann der „Avon“ sich in Bewegung setzte, ward von seinen Passagieren die „Wacht am Rhein“ gesungen.

Die Engländer.

Die Antwort des Vatikan's auf die preussische Beschwerde wegen der Vorromans-Engländer wird von der ultramontanen Presse anerkennend als nichtig und bedeutungslos bezeichnet. So schreibt der „Bayrische Kurier“, das führende Organ des bayerischen Zentrums: „Was in der Engländer geschrieben wurde, das bleibt geschrieben. Es ist auch im Amtsblatt des Vatikan's veröffentlicht worden und hat damit die volle rechtliche Publizität erlangt. Mit der Veröffentlichung in den „Acta Apostolicæ Sedis“ haben die Erlasse Reichsrecht, ob sie von den Amtsblättern der nachgeordneten Behörden nachgedruckt werden, ist irrelevant. Dadurch blühen sie an ihrer Gültigkeit so wenig ein, wie etwa eine Allerhöchste Verordnungsung in Bayern, die im „Gesetz- und Verordnungsblatt“ bekanntgegeben wurde, aber vom Bezirksamtsblatt in Burglengenfeld und noch einigen anderen Bezirksamtsblättern nicht nachgedruckt wurde.“

Von demselben Blatt wird die von Dresdener verbreitete Meldung, daß der Papst dem König von Sachsen ein Schreiben gesandt

hat, in dem er erklärte, daß er niemals eine Verleumdung der deutschen Protestanten beabsichtigt habe, als eine grandiose Fälschung und „saufbide Unwahrheit“ bezeichnet. Das Schreiben ist übrigens ergangen, wird aber vom König als Privatangelegenheit behandelt, so daß sein Wortlaut nicht feststeht. Ähnliche Ableugnungen muß sich Holland gefallen lassen. Der „Observatore Romano“ befreit, daß der Papst irgendeine Entschuldigung bei der Regierung der Niederlande abgegeben habe. Der dortige Staatskonvent aber erklärt amtlich, der Geschäftsträger des Heiligen Stuhls habe eine förmliche päpstliche Entschuldigung dem niederländischen Minister des Innern übermittelt. Es ist ein Verzug, mit dem päpstlichen Stuhle Verhandlungen zu pflegen, wenn selbst das Geschriebene von seiner Pseife abgelehnt und in sein Gegenteil gedeutet werden kann. Die Regierungen werden daraus lernen müssen, daß die diplomatischen Gepflogenheiten für Rom nicht ausreichen. Es wird nicht lange dauern, so werden wir an dieser Stelle eine kirchliche Protestaktion anführen können, in der ausgeführt wird, daß im Jahre 1910 die Glaubenslosen mit Hilfe der preussischen Regierung den heiligen Vater und den katholischen Glauben grundlos angegriffen hätten, daß sie aber vom Papste abgewiesen und in ihr Nichts zurückgeschleudert worden seien.

Neuorganisation des Trains.

Wie das „Hamb. Fremdenbl.“ erzählt, wird die Seeresvorlage, die dem Reichstag in der nächsten Tagung zugeht, neben einer Vermehrung der Trains dessen Organisation in Regimentern, anstatt der bisherigen Bataillone, in Vorschlag bringen. Der Train wird dann das ganze militärische Fußvolk, den Automobilismus mit einbegriffen, umfassen.

Die badischen Sozialdemokraten für das Budget.

Aus Karlsruhe, 14. Juli wird geschrieben: Bei der heutigen Abstimmung der zweiten Kammer über das Finanzgesetz haben die Sozialdemokraten für das Budget gestimmt. Der Abgeordnete Dr. Frank gab vor der Abstimmung folgende Erklärung ab: „Es läge nahe, durch Ablehnung des Finanzgesetzes dagegen zu protestieren, daß die völkische politische Gleichberechtigung der sozialdemokratischen Staatsbürger noch immer nicht durchgeführt ist. Mit Rücksicht auf die besonderen politischen Verhältnisse verzichte meine Freunde jedoch auf eine solche Demonstration und werden sich für das Finanzgesetz stimmen.“ Die Erklärung wurde mit lebhaftem Bravo auf der Linken aufgenommen und das Finanzgesetz gelangte dann einstimmig zur Annahme.

Englische Arbeitgeber und Arbeiter in Deutschland.

Eine aus 23 Personen bestehende Abordnung englischer Arbeitgeber und Arbeiter aus den Städten London, Northingham, Kensington, Burnley, Duxford, die sich auf einer Studienreise durch Deutschland befindet und bereits die verschiedensten größten Städte von Deutschland bereist, besuchte auch Erfeld und ließ sich nach Besichtigung des Rathauses und seiner Sehenswürdigkeiten, namentlich der alten Säle, sowie einiger anderer Sehenswürdigkeiten der Stadt die Einrichtung des städtischen Arbeitsnachweises erklären. Ähnliche Einrichtungen haben die Herren auch in anderen großen Städten besichtigt. Sie erkannten die praktische Bedeutung des Nachweises der Arbeit seitens der Arbeitgeber, wie auch seitens der Arbeiter lobend an.

Aus dem Auslande.

Rein Eisenbahnerfreizug in Frankreich.
Das Generalkomitee der französischen Eisenbahner hat beschlossen, von einem Generalfreizug auf den französischen Bahnen zurück zu ziehen und das Resultat der eingeleiteten Verhandlungen der Bahnangestellten mit ihren Gesellschaften abzuwarten.

Die Kosten für König Eduards Leichenbegängnis.

Nach einer jetzt veröffentlichten Abrechnung hat das Begräbnis König Eduards die Summe von 810 000 Mk. gekostet. Davon kommen etwa 250 000 Mk. auf die Bewirtung fremder Gäste. Für die Aufbringung und Aufschmückung von Westminster Hall und der Schloßkapelle von Windsor wurden 110 000 Mark ausgegeben.

Rückblick auf Barcelona.

Die letzte Sitzung der Deputiertenkammer in Madrid war den Ereignissen in Barcelona ge-

widmet. Officio, der Zivilgouverneur von Barcelona zur Zeit der Unruhen, klagte die Radikalen, Republikaner, Sozialisten und Karlisten an, die wissenschaftlichen oder unwissenschaftlichen Urheber der Unruhen gewesen zu sein. Das Volk habe an den Vorgängen, deren Anstifter verbrecherische Menschen gewesen seien, keinen Anteil gehabt. Er sei überzeugt, wenn die Zivilbehörde ihre Amtsgewalt behalten hätte, wäre es ihr gelungen, die Ordnung aufrecht zu erhalten und die blutige Woche zu vermeiden. Die Regierung trifft ausgedehnte Vorsichtsmaßnahmen, um Ausschreitungen am Jahrestag der Julibewegung zu verhindern. Außer in Valencia sind auch in Zaragoza zwei Regimenter mobilisiert worden. Sie können jederzeit nach Barcelona oder an die französische Grenze abgehen, um Ausschreitungen der aus Frankreich zurückkehrenden politischen Fälschlinge zu verhindern.

Wie berechtigt die Haltung der Regierung ist, zeigt folgende Nachricht aus Bordeaux: Die spanischen Flüchtlinge, die die Heimat vor Jahresfrist wegen der Teilnahme an der Julibewegung verlassen mußten, fordern immer ungesättigter die Gewährung einer Amnestie. In Gersde wurde in einer Protestversammlung die Entsendung einer Resolution an die Madrider Regierung beschlossen, in der straffreie Rückkehr verlangt wird. Sollte Canalejas auf seinem Standpunkt verharren und den politischen Flüchtlingen keine Straffreiheit zusichern, dann werden am 29. Juli, dem Jahrestag der Eröffnung des Generalstreiks, Hunderte von Spaniern die Grenze überschreiten, um in Barcelona mit ihren Brüdern diesen Tag zu feiern.

Die Kämpfe bei Macao.

Das Reutersche Bureau meldet aus Hongkong zu den Kämpfen bei Macao: Das Feuer des von Macao entsandten Kanonenboots hat die Chinesen aus dem Fort Kolowan vertrieben. Das Kanonenboot brachte zwei Dschunken mit flüchtenden Chinesen zum Sinken; alle Chinesen ertranken. Auf der Reede von Macao wohnen sieben chinesische Kanonenboote den Kämpfen bei. Die chinesische Regierung postierte auf der Insel Wung-kum bei Kolowan 1200 Soldaten, welche die Entwicklung der Dinge abwarten.

Der russisch-japanische Vertrag.

hat eine tiefgehende Wirkung auf die chinesische Regierung und die Chinesen ausgeübt. Die im Vorbergrunde stehenden chinesischen Persönlichkeiten erklären den Vertrag für einen außerordentlich feindseligen Akt, dessen geheimer Zweck nur die Aufteilung der Mandchurie sei. Die Presse stellt Japan als verächtlich hin, da es China im Stich gelassen habe. China werde niemals die Mandchurie aufgeben.

Wie „Sun“ aus Tokio meldet, nimmt die Regierung der japanischen Presse und Öffentlichkeit gegen den russisch-japanischen Vertrag ernsteren Formen an. In Yokohama und Otsu haben vor den russischen Klubs größere Ausschreitungen der fanatisierten Menge stattgefunden, die von der Polizei zerstreut werden mußte. Die Presse heft scharf gegen das Ministerium und charakterisiert den Vertrag als schimpfliche Auslieferung der natürlichen japanischen Einflüsse (Mandchurie) an Rußland. Die Regierung ist peinlichst bemüht, durch schärfste Verträge den schlechten Eindruck des Vertrages in Japan nach Möglichkeit zu mildern und zu verwaschen.

Sächsisches.

Hohenstein-Ernstthal, 15. Juli.

Wettervorhersage der Königl. Sächs. Landeswetterwarte zu Dresden.

Für Sonnabend: Nordwestwinde, Bewölkungszunahme, Kälte, Gewitterneigung.

16. Juli: Tagesmittel +16,9°, Maximum +21,0°, Minimum +12,0°.

Der Ankauf der Gewinne für die Jubiläumslotterie ist in der Hauptsache erfolgt. Der Hauptgewinn besteht in einer kompletten Schlafstube-Einrichtung, die sich zusammensetzt aus 2 Bettstellen mit durablen Matratzen, einem großen Schrank für Kleider und Wäsche, einer Waschkommode mit Marmorplatte und großem Spiegel, einem Kammerdiener und Stuhl. Diese Gegenstände werden ab 1. August im Laden des Herrn Wappeler, Weintellerstraße, zur Ausstellung gelangen. Das 2. Ausstellungslokal ist der Laden im Hause der Frau Wechsler, Dresdenerstraße, der dem